

Eskalation in Tigray – Wird der Ankerstaat Äthiopien destabilisiert?

Martin Pabst

Nr. 7/2021

Darum geht's

Zunehmend zeigen sich Risse in der Erfolgsgeschichte des Friedensnobelpreisträgers Abiy Ahmed. Ein Sprengstoffattentat gegen den Premierminister (Juni 2018), ein gescheiterter Putsch von Amhara-Nationalisten (Juni 2019), Zusammenstöße von Oromo-Aktivist*innen mit Amharas bzw. Sicherheitskräften mit über 150 Toten (Juni/Juli 2020), immer brutalere Massaker zwischen Volksgruppen, fortdauernde separatistische Attacken in Oromia – nun der am 4. November 2020 begonnene Feldzug der Bundesarmee gegen die unbotmäßige nördliche Provinz Tigray, der massive Vertreibungen, Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen hervorbrachte. Was sind die Folgen für Äthiopien, den bisherigen Stabilitätsanker in Nordostafrika?

Die Faktenlage

Am 4. November 2020 umzingelten in den letzten Jahren aufgerüstete Spezialkräfte und Milizen der Tigray-Region das Armee-regionalkommando Nord in der Provinzhauptstadt Mekelle und nahmen es ein, ebenso die Armeebasen in Adigrat, Agula und Sero. Die von Deserteuren der Tigray-Ethnie unterstützten Angreifer sollen an die 20.000 äthiopische Soldaten gefangen genommen haben. Der Angriff auf die Kaserne des 5. Bataillons in Dansha konnte nach verlustreichen Kämpfen abgewehrt werden.

Der Zusammenstoß war vorprogrammiert, nachdem sich die Regionalregierung von Tigray der Wahlverschiebung durch die Bundesregierung widersetzt und am 9.

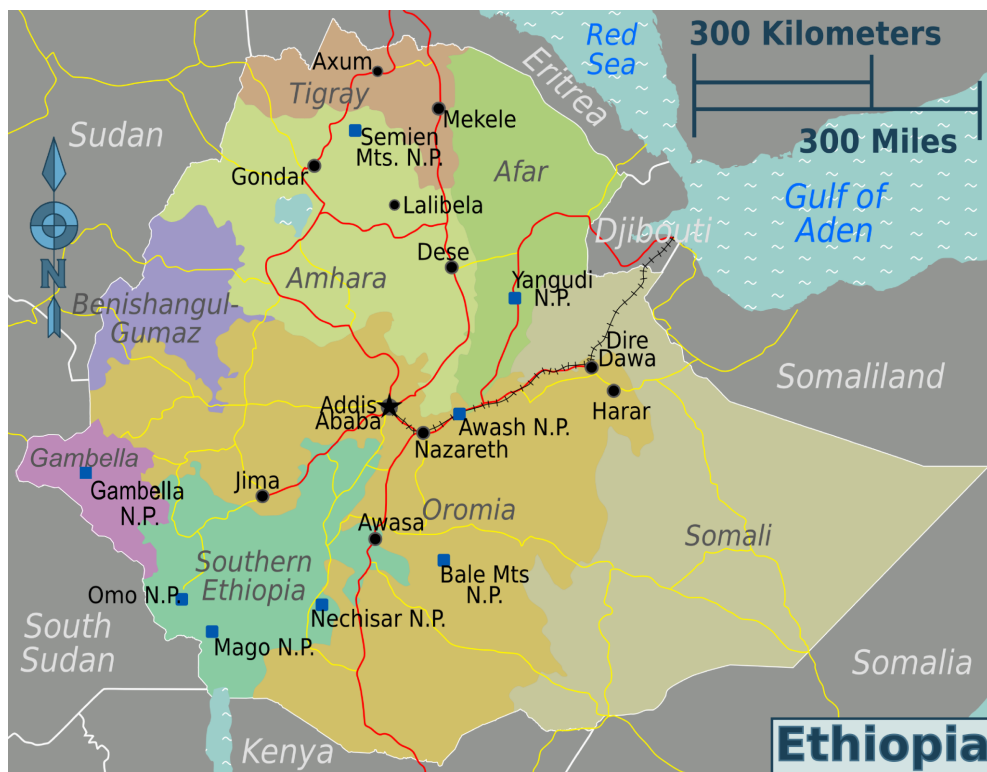
September 2020 einseitig eine Wahl zum Provinzparlament abgehalten hatte. Wahlsiegerin mit 98,2% der Stimmen wurde erneut die Tigray People's Liberation Front (TPLF). Schon vor dem 4. November hatte die Bundesregierung Truppen aus dem Süden nach Tigray verlegt. Aus Sicht der TPLF war der Angriff ein notwendiger Präventivschlag.

Unverzüglich rief Premierminister Abiy einen sechsmonatigen Notstand aus und startete eine militärische Offensive zur gewaltsamen Absetzung der abtrünnigen Regionalregierung. Internet-, Mobilfunk-, Telefon- und Bankverbindungen wurden unterbrochen, sind es teilweise noch heute.

Am 7. November beschloss das Bundesparlament, die Regierung und das Parlament von Tigray wegen Verletzung der Verfassung abzusetzen, eine Woche später wurde ein Administrator eingesetzt. Die TPLF wurde zur „extremistischen Organisation“ erklärt, schließlich im Januar 2021 juristisch aufgelöst. Gegen führende TPLF-Politiker wurden Haftbefehle erlassen, für Hinweise zur Ergreifung hohe Belohnungen ausgesetzt. Auch wurden Unterstützer und Tigray-freundliche Journalisten festgenommen. Das Offizierskorps wurde einer Säuberung unterzogen.

Premierminister Abiy traf sich mit den von der Afrikanischen Union (AU) entsandten Vermittlern Ellen Johnson-Sirleaf (Liberia), Joaquim Chissano (Mosambik) und Kgalema Motlanthe (Südafrika), war aber nicht zu Verhandlungen mit dem Gegner bereit, da es sich um eine interne Rebellion handele.

Als Reaktion auf die Militäroffensive beschloss die TPLF am 14. November die eritreische Hauptstadt Asmara und am 18. November die Hauptstadt Bahir Dar der Provinz Amhara mit Raketen. Denn sowohl Amhara-Milizen wie auch eritreische Armeeeinheiten nahmen an der Offensive teil. Die Provinz Amhara beansprucht Gebiete im Westen von Tigray. Eritrea strebte die Kontrolle über das Territorium von Badme an, das ihm von einer Schiedskommission bereits 2002 zugesprochen worden war. 2018 hatte die äthiopische Regierung der Räumung schließlich zugestimmt, doch die Umsetzung war von der TPLF-Regionalregierung verhindert worden. Im Zuge der Offensive besetzten amharische Milizen Gebiete in West-Tigray, eritreische Kräfte das Territorium von Badme.



Karte der Konfliktregion von Äthiopien.

Quelle: P. Fitzgerald, Wikimedia Commons CC BY-SA 3.0

Premierminister Abiy Ahmed hatte am 16. September 2018 in der saudischen Stadt Dschidda mit dem einstigen Kriegsgegner Eritrea ein Friedensabkommen unterzeichnet und hierfür 2019 den Friedensnobelpreis erhalten. Nach anfänglichen Dementis bestätigte der äthiopische Generalmajor Belay Seyoum, dass eritreische Truppen einmarschiert seien, allerdings „uneingeladen“. Doch sind keine Versuche erkennbar, die angeblich uneingeladenen Besucher aus dem Land zu drängen. Vielmehr ist zu vermuten, dass beide Staaten gemeinsam vorgingen, um die TPLF-Kräfte gleichzeitig von Norden und Süden in die Zange zu nehmen. Militärisch war dieses Vorgehen erfolgreich, politisch ist die Allianz der einstigen Kriegsgegner aber höchst problematisch. Auch weiß man nicht, welche Zusagen Eritrea gemacht wurden. Nun verkündete Premierminister Abiy, die eritreischen Truppen würden abziehen.

Vor den Kämpfen flohen bis heute über 60.000 Zivilisten aus Tigray in den Sudan. In einer besonderen Notlage sind die 100.000 in Tigray lebenden Flüchtlinge aus Eritrea, ihnen drohen

Am Nachmittag des 28. November verkündete Premierminister Abiy, dass die Provinzhauptstadt Mekelle erobert und die Kampfhandlungen damit beendet seien. Jetzt gelte es nur noch, die geflüchteten Rebellenführer festzunehmen und der Justiz zuzuführen. Doch hatte die TPLF auf eine Verteidigung von Mekelle verzichtet und Kämpfer und Waffen in die Berge verbracht. Der abgesetzte Tigray-Premierminister Debretsion Gebremichael kündigte an weiterzukämpfen.

Angesichts der schwierigen Nachrichtenlage ist unklar, in welchem Umfang die TPLF weiterhin Widerstand leistet. Sie könnte bis zu 250.000 Kämpfer unter Waffen haben. Nicht zuletzt durch Drohnenangriffe dürfte die TPLF inzwischen einen Großteil ihrer schweren Waffen verloren haben, sie ist zum Guerillakrieg übergegangen. Von den Bergen aus greift sie Armeekonvois an und sabotiert Verbindungslinien.

Die äthiopische Regierung gab am 7. bzw. 13. Januar bekannt, 21 TPLF-Führer gefangen-genommen oder getötet zu haben. Die oberste Riege um den abgesetzten Regionalpremier Gebremichael ist aber weiterhin flüchtig.

Beide Parteien werfen sich gegenseitig Kriegsverbrechen vor. So wurden in der Nacht vom 9. auf 10. November in dem Ort Mai Kadra (West-Tigray) an die 600 Gastarbeiter aus der Ethnie der Amhara erstochen bzw. zu Tode gehackt. Die Täter sollen Angehörige der Tigrayer Jugendorganisation Samri gewesen sein. Amnesty International bestätigte das Massaker. Im Gegenzug werfen Tigrayer Flüchtlinge insbesondere amharischen Milizionären und eritreischen Soldaten willkürliche Tötungen, Vergewaltigungen, Zerstörungen und Plünderungen vor. So beschuldigt ein Bericht von Amnesty International eritreische Soldaten, am 28./29. November in der Stadt Aksum viele Hunderte Menschen z.T. von hinten erschossen, auf Häuser gefeuert und Gebäude geplündert zu haben. Am 10. März warf US-Außenminister Anthony Blinken den amharischen Milizen vor, im Westen Tigrays systematische „ethnische Säuberungen“ zu betreiben.

Von besonderer Relevanz ist:

- Zwischen 1991 und 2018 dominierte die TPLF und damit die Ethnie der Tigrayer (6% der Bevölkerung) das regierende ethnische Vier-Parteien-Bündnis Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF). Viele Äthiopier beschuldigen die Tigrayer, sich überproportional Posten und Privilegien angeeignet und Korruption praktiziert zu haben.
- Nach eskalierenden Protesten gegen die EPRDF-Regierung in der Region Oromia wurde Abiy Ahmed im April 2018 zum Premierminister gewählt. Nicht nur sein politisches Programm „Medemer“ (d.h. gemeinsam, harmonisch), sondern auch sein familiärer Hintergrund versprachen die Überbrückung ethnischer und religiöser Gegensätze. Sein Vater ist ein muslimischer Oromo, seine Mutter eine christliche Amhara.
- Abiy brachte Oromos (35% der Bevölkerung) und Amharas (27%) zusammen, um die De-Facto-Vorherrschaft der Tigrayer zu beenden. Im Dezember 2019 gründete er die landesweite Einheitspartei Prosperity Party (PP) als Nachfolgerin der EPRDF. Die Amhara Democratic Party (ADP), die Oromo Democratic Party (ODP) und das Southern Ethiopian Peoples' Democratic Movement (SEPDM) erklärten ihre Überführung in die PP, nicht aber die Tigrayan People's Liberation Front (TPLF).
- Unter den Tigrayern herrscht Verbitterung. Sie sehen sich unter Abiy als benachteiligt an und widersetzen sich seiner Zentralisierungspolitik. Bei der Aufarbeitung früherer Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsfälle würden überproportional Politiker, Beamte und Offiziere der Tigray-Ethnie entlassen bzw. juristisch verfolgt.
- Abiy dürfte als nächsten Schritt die Änderung der Verfassung anstreben: eine Abschaffung des derzeitigen Ethno-Föderalismus zugunsten eines pan-äthiopischen Zentralismus. Das Land ist derzeit in zehn autonome „Regionen“ und zwei autonome Städte (Addis Abeba und Dire Dawa) gegliedert.
- Abiys Demokratisierung des bislang autoritär regierten Äthiopien hat auch militanten Chauvinisten Freiräume eröffnet. Der Tigray-Nationalismus wurde angefacht, doch auch unter Oromos und Amharen haben militante Nationalisten Zulauf. Sie erachteten Abiy als Verräter, fordern im Gegenteil den Ausbau des Ethno-Föderalismus und zusätzliches Territorium. Auch im Süden rumort es. So haben die Wolayta, Keffa, Gurage, Gamo und Gofa Forderungen nach eigenen Regionen erhoben. Konflikte bestehen auch zwischen Oromos und Somalis sowie zwischen Afar und Somalis.
- Da Tigray zwischen den äthiopischen Provinzen Amhara (im Süden) und Afar (im Osten) sowie Eritrea (im Norden) eingezwängt ist, könnte die TPLF einen längerdauernden Guerillakrieg nur mit Nachschubrouten via Sudan führen. Derzeit ist nicht belegt, dass der Sudan die TPLF unterstützt. Doch besteht zwischen beiden Ländern ein Grenzdisput um die seit 1993

von Äthiopien besetzte Region al-Fashaga. Im November nutzte der Sudan den Tigray-Konflikt dazu, um das umstrittene Gebiet zu besetzen. Amhara-Nationalisten drängen nun auf eine Annexion durch Äthiopien. Seit Dezember kommt es im Raum al-Fashaga immer wieder zu Scharmützeln zwischen äthiopischen und sudanesischen Soldaten mit Toten und Verwundeten.

- Die TPLF richtet ihre Hoffnungen nicht nur auf den Sudan, sondern bat auch Ägypten um Unterstützung. Denn Ägypten befindet sich mit Äthiopien wegen dessen Great Ethiopian Renaissance Dam (GERD) am Blauen Nil in Konflikt, Verhandlungen brachten bisher kein Ergebnis. Kairo befürchtet, dass es nach vollständiger Füllung des Stausees nicht mehr genügend Nilwasser bekommt. Schon mehrfach wurden aus Ägypten Kriegsdrohungen gegen Äthiopien ausgestoßen.

So sehe ich das:

Angesichts starker ethnonationalistischer Bestrebungen will Premierminister Abiy in Tigray ein Exempel statuieren. Doch sollte der bewaffnete Konflikt dort andauern, wird dies militante Gruppen in anderen Regionen anstacheln, und sie werden wegen der Ablenkung der äthiopischen Sicherheitskräfte einfacheres Spiel haben. Angesichts landesweiter Spannungen ist es zweifelhaft, ob die für 5. Juni 2021 angesetzte Parlamentswahl frei und fair ablaufen kann (in Tigray soll die Wahl zu einem anderen Zeitpunkt nachgeholt werden).

Die Ereignisse haben Abiy stärker von den Amharen abhängig gemacht, der traditionellen Elite Äthiopiens, die für eine zentralistische Ordnung stehen. So wurden im November 2020 Politiker dieser Volksgruppe zum Außenminister, Geheimdienstchef und Sicherheitsberater ernannt. Dafür sind Vertreter der Oromos eher in der zweiten Reihe, und diverse Kritiker aus dieser Volksgruppe wurden verhaftet.

Konflikte zwischen christlichen und muslimischen Gruppen – wie zwischen Amharen (Christen) und Oromos (ca. 50% Muslime) – könnten es Radikalislamisten ermöglichen, in Äthiopien Fuß zu fassen.

Saudi-Arabien missioniert dort nach Kräften, baut Moscheen und umwirbt arme Christen mit Stipendien und Arbeitsplätzen, um ihre Konversion zu befördern.

Um eine Befriedung zu erreichen, müssten die Ansprüche ethnischer Gruppen nach mehr Territorium, Ressourcen und Einfluss in einem transparenten Prozess ausgeglichen werden, begleitet von Maßnahmen zur Versöhnung. Ansonsten drohen eskalierende Gewalt, Staatenzerfall, eine humanitäre Katastrophe und massive Fluchtbewegungen, auch in Richtung Europa.

Die UNO beklagt, dass ihre Helfer immer wieder von bestimmten Gegenden Tigrays ferngehalten würden. Bis zu 2,5 Millionen Menschen seien noch von Dienstleistungen abgeschnitten. Flucht und Vertreibung, Ernteauffälle und fortdauernde Kämpfe könnten in dieser Region in der zweiten Jahreshälfte 2021 große Hungersnöte hervorrufen.

Ein Zerfall Äthiopiens würde eine regionale Katastrophe auslösen. Äthiopien ist seit vielen Jahren in AU- und UN-Friedensmission engagiert, z.B. in Somalia und im Sudan. Bisher war das Land ein Stabilitätsanker. Zwischen 2008/09 und 2018/19 wuchs seine Wirtschaft jährlich um ca. 10 Prozent. Seine professionelle Armee verfügt über 138.000 Soldaten. Das Land ist ein verlässlicher Partner der USA bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Entscheidend wird sein, ob der Sudan, Ägypten und deren Verbündete Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate (VAE) die TPLF unterstützen werden, um die äthiopische Regierung zu schwächen. Eine zu enge Annäherung Äthiopiens an Eritrea würde insbesondere Saudi-Arabien nicht gefallen. Denn im Falle einer Allianz oder gar einer Wiedervereinigung beider Staaten hätte das mehrheitlich christliche Äthiopien einen verbesserten oder sogar direkten Zugang zum Roten Meer.

Saudi-Arabien und die VAE haben freilich beträchtliche wirtschaftliche Investitionen in Äthiopien getätigt. Aufgrund ihrer Kontakte zu allen Staaten in der Region könnten beide Staaten – genauso wie China und die USA – ebenso eine positive Rolle als Vermittler spielen.